Die Kabinettskrise in England.

Eine Erklärung Lansdownes im Oberhaus.

K. London, 19. April. (Meldung des Reuterschen Bureaus.)

Die Erklärung des Premierministers Asquith rief große Sensation hervor.

Im Oberhause fand eine kurze Debatte statt.

Minister Lansdowne erklärte, die eingetretene Verzögerung sei nicht auf Entschlußlosigkeit zurückzuführen; aber die Anschauungen, denen die Minister huldigten, seien so tief eingewurzelt, daß im Augenblicke keine Möglichkeit bestehe, einen Mittelweg zu finden, auf dem man aus der schwierigen Lage herausgelangen könnte. Der Zusammenbruch der Regierung würde nicht nur in England, sondern auch bei den Alliierten und in den Dominions eine bedauernswerte Wirkung haben.

Nachmittags fand eine Versammlung von mehreren Hundert Liberalen statt, in der eine Resolution gefaßt wurde, daß Asquith kräftig unterstützt werden soll. Auch eine Versammlung der Arbeiterpartei wurde abgehalten, in der die Rekrutierungsfrage besprochen wurde.

Man glaubt vielfach, daß es nicht möglich sein werde, die Differenzen im Kabinett auszugleichen, und daß eine Spaltung in der Regierung unvermeidlich sei. Aber einige Mitglieder des Unterhauses denken optimistischer und hoffen, daß die ernsten Folgen, die eine solche Spaltung mit sich bringen würde, die Träger der Meinungsverschiedenheiten doch veranlassen werden, einen Ausgleich zu suchen.

Dreistündiger Ministerrat.

Berlin, 20. April. (Tel. d. „Fremden-Blatt".) Der „Nieuwe Rotterdamsche Courant" meldet aus London: Die Regierung hielt heute eine dreistündige Beratung ab. Wie schwer auch eine Einigung ist, so ist ein Bruch doch nicht unvermeidlich.

„Star" lenkt die Aufmerksamkeit darauf, daß die Anhänger der allgemeinen Wehrpflicht seit dem Ausscheiden von Churchill und Carson in der Regierung schwächer geworden sind.

Meldungen über einen Ausgleich.

K. London, 20. April. Das Reutersche Bureau meldet aus angeblich bester Quelle, daß in der politischen Krise ein Ausgleich erzielt worden sei.

K. London, 20. April. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Das Preßbureau meldet:

Das Ministerium einigte sich in seiner heutigen Beratung über die Vorschläge, die es in der Rekrutierungsfrage dem Parlament unterbreiten will. Die Vorschläge werden den beiden Häusern am Dienstag in einer Geheimsitzung vorgelegt werden.

Der Kompromißvorschlag.

Berlin, 20. April. (Tel. d. „Fremden-Blatt".) „B. Z. am Mittag" meldet aus Christiania: Nach Berichten aus London ist die politische Lage trotz aller Kompromißgerüchte sehr gespannt. Das Kompromiß bewegt sich bekanntlich auf der Linie einer bedarfsweisen späteren Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht, deren Notwendigkeit überall anerkannt wird. Diese Lösung soll sowohl von Lloyd George als auch von Kitchener angenommen worden sein. Die Stellung von Bonar Law ist noch unsicher, da sie von dem Entschluß abhängt, den der unter Vorsitz Sir Edward Carsons stehende unionistische Kriegsausschuß [...]

[...] Alliierten im letzten Jahre durch zahlenmäßige Unterlegenheit verursacht wurden.

„Daily News" wendet sich im Leitartikel gegen diese Vorstellung, die sie eine Verdrehung der Tatsachen nennt. Die Niederlagen Rußlands seien nicht dem Mangel an Mannschaften, sondern dem Mangel an Material zuzuschreiben und die Niederlagen an den Dardanellen der mangelhaften Voraussicht. In Flandern und in Frankreich habe es niemals an Mannschaften gemangelt, auch in diesem Augenblicke sei dies nicht der Fall. Wie könnte man sich sonst erklären, daß große Armeen in Aegypten festgehalten werden, die keine Gefahr laufen, angegriffen zu werden, daß sich zahlreiche Truppen in England befinden, das nicht durch Soldaten, sondern durch die Flotte beschützt werden müßte. Das Land müsse die Gefahr dieser Verzettelungspolitik einsehen lernen. Wenn die Koalition vom Schauplatz verschwinden würde, würde keine liberale Regierung ihren Platz einnehmen. Es sei auch zweifelhaft, ob eine konservative Regierung an die Reihe kommen würde. Die Gefahr, die England drohe, sei, daß es einer Regierung von Extremen zutreibe, von aufgeregten und unbesonnenen Männern, die diktatorialen Ansprüchen huldigen.

Rücktrittsdrohungen Robertsons. — Ein Versprechen.

Berlin, 20. April. (Tel. des „Fremden-Blatt".) Aus dem Haag wird dem „Hamburger Fremden-Blatt" gemeldet: Der Chef des englischen Generalstabes Robertson wurde zu seinem energischen Vorgehen in der Wehrpflicht-Frage nicht so sehr durch Erwägungen militärischer Natur bestimmt als durch die dringenden Vorstellungen Joffres, dahingehend, daß die Beendigung des ewigen englischen Rekrutierungsstreites mit Rücksicht auf die öffentliche Meinung Frankreichs gebieterisch notwendig sei. Ein weiteres Zögern Englands würde in Frankreich die größte Entmutigung erzeugen, die heute bei der kritischen Lage weittragende Folgen haben könnte. Als Hauptgefahr für das Koalitionskabinett erscheint es, daß der Chef des Generalstabes die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht gemäß dem Joffre gegebenen Versprechen durch die Drohung mit seinem Rücktritte zu erzwingen sucht und diese Drohung anscheinend nicht zurücknehmen wird. Die Krise ist nach ihrem ganzen Charakter mehr international als innerpolitisch.

Churchill — Führer der Opposition.

Berlin, 20. April. (Tel. des „Fremden-Blatt".) Das „Achtuhrblatt" meldet aus Lugano: Churchill, der von der Front zurückgekehrt ist, nahm Carsons Partei, um die Führung der Opposition gegen Asquith zu übernehmen.

Streikdrohung der Bergarbeiter gegen die allgemeine Wehrpflicht.

Berlin, 20. April. (Tel. d. „Fremden-Blatt".) Der „Lokalanzeiger" meldet aus dem Haag: In Cardiff fand eine Versammlung der Bergarbeiter über die Frage der Dienstpflicht statt. Es wurde ein Beschluß angenommen, daß, falls der „Friedensprotest" gegen die Ausdehnung der Wehrpflicht keinen Erfolg haben sollte, wenn ferner die aus dem Gebiete von Wales ausgewiesenen Führer der Munitionsarbeiter nicht zurückkehren dürfen, ein allgemeiner Streik proklamiert werden soll. Obwohl die Admiralität den Wunsch äußerte, daß diesmal keine Osterfeiertagsruhe in den Bergwerken eintreten solle, beschlossen die Arbeiter doch die Einstellung der Arbeit an den Feiertagen; ein großer Teil der Arbeiter will sogar drei Tage feiern.

Wahl eines Koalitionskandidaten.

K. London, 20. April. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Bei der Ersatzwahl in Wimbledon bei London wurde der Kandidat der Koalitionsparteien gewählt.

Symptome von Teuerung und Erschöpfung im Feindeslager seien richtiger als Beweise kluger Sparsamkeit und Voraussicht anzusehen. Der Krieg Italiens werde nur von jenem Siege gekrönt werden, den die Tüchtigkeit der italienischen Waffen zu erringen verstehen werde. Die erforderlichen Opfer werden also immer schwerer und nur im Hinblick auf das große Ziel nicht unerträglich sein.